

Ein Backup für Gratis-Kitas

Baselbieter Regierung muss gegen ihren Willen Gegenvorschlag zur SP-Initiative erarbeiten.

Michael Nittnaus

Eine Stimme machte am Donnerstagmorgen den Unterschied: Mit 44 zu 43 Stimmen beschloss der Landrat, den Antrag der SVP und FDP abzulehnen, auf einen Gegenvorschlag zur Gratis-Kita-Initiative der SP zu verzichten. Einmal mehr war die Mitte das Zünglein an der Waage: Fünf Mitte-Politiker stimmten mit SP und Grünen, vier mit den Bürgerlichen. Allerdings waren auch EVP und GLP gespalten.

Somit ist die Baselbieter Regierung beauftragt, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, der sich mit der Förderung der familienergänzenden Betreuung (FEB) im Vorschulbereich auseinandersetzt. Dafür bekommt die zuständige Regierungsrätin Kathrin Schweizer (SP) nun gut zwei Jahre Zeit. Zum Entscheid, der in der Schlussabstimmung mit 45 zu 40 Stimmen bei 2 Enthaltungen etwas klarer ausfiel, gehörte auch, dass die Volksinitiative bis August 2025 sistiert wird.

172 Millionen Franken würde Umsetzung kosten

Damit folgt das Parlament der vorberatenden Justiz- und Sicherheitskommission und stellt sich gegen die Baselbieter Regierung. Sie hatte – anders als die Basler Regierung – auf einen Gegenvorschlag verzichten wollen. Dies mit Verweis auf ein eigenes FEB-Grossprojekt, das in Zusammenarbeit mit den Gemeinden nicht nur den Vorschulbereich abdecken soll, sondern auch die Volksschulzeit. Dass just die SP-Regierungsrätin zuständig ist, nutzte Andreas Dürr (FDP) als Steilpass: «Eure Regierungsrätin hat es in der Hand, das FEB-Projekt voranzutreiben. Habt ihr kein Vertrauen in sie?»

Dass Baselland etwas tun muss im Bereich der externen Kinderbetreuung, war breiter Konsens. In einem Ranking der Kantone liegt das Baselbiet auf dem zweitletzten Platz. Ob die



Geht es nach der SP, sollen Kitas und Spielgruppen künftig gratis sein.

Bild: Pius Amrein

Maximalforderung der SP-Initiative, gleich die ganze familienexterne Betreuung bis zum Eintritt in die erste Primarklasse kostenlos zu gestalten, inklusive Kindertagesstätten und Spielgruppen, der richtige Weg ist, wurde aber von den Bürgerlichen bestritten. Sie führten die Kosten von 172 Millionen Franken pro Jahr auf.

Diese zu decken, entspräche einer Steuererhöhung um 13 bis 15 Prozent. SVP und FDP forderten die SP auf, zu ihrer Initiative zu stehen und das Volk schlicht Ja oder Nein sagen zu lassen. Einen Gegenvorschlag brauche es nicht. SVP-Frak-

tionschef Peter Riebli hielt fest: «Es kann nicht sein, bei einer Initiative extra Maximalforderungen zu stellen und dann zu betteln, dass es einen Gegenvorschlag gibt. Die SP hat Angst vor dem eigenen Mut und Angst vor dem Stimmvolk.»

Das liess Miriam Locher (SP) nicht gelten: «Natürlich sind wir überzeugt, dass unsere Initiative besser ist als es ein Gegenvorschlag sein kann. Aber wir bieten Hand zum Kompromiss.» Dass die Kosten kaum tragbar wären, sah auch die Mitte so. Doch eine knappe Mehrheit fand, dass der Initiative ein Mittelweg in Form eines Gegenvorschlags gegen-

übergestellt werden sollte. Béatrix von Sury sagte: «Die Initiative ist verlockend, jedoch nicht bezahlbar. Wir finden aber schon, dass sich der Staat stärker beteiligen soll.» Zudem erwarte sie, dass im Gegenvorschlag auch Eltern entlastet werden, die ihre Kinder selbst betreuen.

Wie der Gegenvorschlag genau aussehen wird, ist noch offen. Kathrin Schweizer sagte aber, dass ihre Direktion für das umfassende FEB-Projekt wohl mindestens drei Jahre benötigen werde. Daher werde man sich für den Gegenvorschlag auf den Vorschulbereich konzentrieren, um 2025 bereit zu sein.